

ANGESAGT

dsput...

...heißt es für alle Vergnügungs-
ngrigen in der Bibertstadt.
ch einem turbulenten Woche-
de und einem Stimmungshoch
n Wochenbeginn startet heute
: **Zirndorfer Kirchweih** in ihre
zte Runde. Dazu werden noch
mal alle Register gezogen. Los-
ht es um 14 Uhr mit einem
niorennachmittag im Awo-
us, Mühlstraße 4. Die Schau-
ller locken bis 18 Uhr zum
miliennachmittag mit ermäßig-
1 Preisen und Gewinnaktion
r Kinder. Im Festzelt heizen ab
Uhr die „Moonlights“ die Stim-
ng an, bevor um 22 Uhr das
uerwerk gezündet wird.

ANGEFRAGT

olker Heißmann,

Fürther Entertainer und Comö-
en-Chef, zum **Tod von
S-Komiker Jerry Lewis.**

„Er war ein großer Komödiant,
n toller Regisseur und für mich
n absolutes Vorbild. Trotz der
elen Kritik hat er sein Ding
urchgezogen und war sich nicht
tschade, auf der Bühne hässlich
1 sein. Man musste einfach hin-
hauen, selbst wenn der Ton
aputt war, man hat trotzdem
lacht. Lewis war ein so vielseitiger
Mensch, der leider immer nur
uf seine Grimassen reduziert
urde. George Lucas und Steve
pielberg haben bei ihm das Fil-
emachen gelernt. Mit seinen
egearbeiten wird er ganze Gene-
ationen auch nach seinem Tod
rügen, da bei Spielberg und
ucas immer noch ein Stück

Ein Spiegel soll die Wahlmüdigkeit vertreiben



Politikverdrossenheit hat der überparteiliche Verein „Mehr Demokratie“ auf der kleinen Fürther Freiheit einen großen Spiegel vorgehalten. Darin sollten sich Passanten als Souverän erkennen. Auch Politiker der SPD, CSU, Grünen, Linken und der FDP haben sich den Auftritt im Vorfeld der Bundestagswahl nicht entgehen lassen. Mehr Demokratie wirbt schon lange für die Einführung bundesweiter Volksentscheide. Vor vier Jahren ist der Verein mit einem aufblasbaren

Grundgesetz auf Tour gegangen. Heute macht der 2,60 mal vier Meter große Spiegel in der Nürnberger Karolinenstraße Station – ebenfalls wieder mit lokaler Politprominenz. Fürth hat man nach Angaben von Vereinskocher Simon Strohmberger wegen der Bedeutung des Wahlkreises ausgesucht, in dem Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt kandidiert. Der CSU-Mann hat am Montag natürlich auch selbst einen Blick in den Spiegel geworfen. Foto: Horst Linke

Neue Gesichter für den Fürther Seniorenrat

Gremium wird 2018 gewählt — Verbände können demnächst ihre Vorschläge für Mitglieder einreichen

... Darüber hinaus dürfen die Bewer-

Volksentscheide auf Bundesebene

Daumen hoch für ein „Schlüsselprojekt“

VON MARCO PUSCHNER

Wie halten es die Parteien mit der direkten Demokratie? Das wollte der Verein „Mehr Demokratie“ in der Fußgängerzone von den Nürnberger Direktkandidaten für den Bundestag wissen.

Bei der abschließenden symbolischen Abstimmung über Volksentscheide auf Bundesebene heben alle den Daumen, aber es ist ein „Ja“ mit Abstufungen. Jasmin Laub zum Beispiel, FDP-Direktkandidatin für Nürnberg-Süd/Schwabach, ist nicht gegen mehr Bürgerbeteiligung, hält aber andere Themen, etwa eine bessere Bildungspolitik, für dringlicher. Der Volksentscheid auf Bundesebene stehe daher auch nicht im Wahlprogramm der FDP.

Gabriela Heinrich (SPD) dagegen findet das Thema „superwichtig“, plädiert aber für eine sorgfältige Ausgestaltung. Es benötige viel „Gehirnschmalz“, zu überlegen, an welcher Stelle Bürgerentscheide richtig seien, „ohne sich andere Probleme einzuhandeln“. Man müsse zum Beispiel aufpassen, nicht in einem „permanenten Wahlkampf“ zu landen. Bürgerentscheide sollten die repräsentative Demokratie ergänzen, nicht ersetzen, argumentiert die Bundestagsabgeordnete, die wieder in Nürnberg-Nord antritt. Sie hielte es auch für problematisch, wenn es zu sehr um Geldbeutel hinge, welche Interessengruppe Bürgerinitiativen anerkennen könne und welche nicht.

Die CSU-Kandidaten Sebastian Brehm (Nord) und Michael Frieser



Gabriela Heinrich (SPD), Jasmin Laub (FDP), Britta Walthelm (Die Grünen), Titus Schüller (Die Linke), Sebastian Brehm (CSU), Simon Strohmenger (Mehr Demokratie), Michael Frieser (CSU), Jörg Lipp (Mehr Demokratie) und Sascha Müller (Die Grünen, von links) vor dem Spiegel des Vereins.

(Süd) verweisen auf den „Bayernplan“ der CSU, in dem die Konservativen solche Bürgerentscheide aufgenommen haben. Allerdings, räumen die beiden ein, müsse man die Schwesterpartei noch überzeugen, die CDU sei in diesem Punkt zurückhaltender als die CSU.

Frieser hält Volksentscheide auf Bundesebene zum Beispiel dann für nötig, wenn der Bund Kompetenzen und Budgetrechte an die Europäische Union abtritt – hier müsste das Volk

gefragt werden. Auf der anderen Seite könne es aber nicht sein, dass die Bürger den Bundeshaushalt aufstellen. In Bayern, so Frieser, habe man auf kommunaler und Landesebene sehr gute Erfahrungen mit direkter Demokratie gemacht. „Volksentscheide tragen dazu bei, dass sich Bürger stärker mit Politik befassen.“ Ein positives Beispiel für Frieser ist der Nichtraucherschutz. Jan Gerbig, Bundestagskandidat der Linken im Nürnberger Süden, verweist auf das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren.

Für die Grünen ist direkte Demokratie ein „Schlüsselprojekt“, sagt

Sascha Müller (Grüne, von links) vor dem Spiegel des Vereins. Auf der anderen Seite könne es aber nicht sein, dass die Bürger den Bundeshaushalt aufstellen. In Bayern, so Frieser, habe man auf kommunaler und Landesebene sehr gute Erfahrungen mit direkter Demokratie gemacht. „Volksentscheide tragen dazu bei, dass sich Bürger stärker mit Politik befassen.“ Ein positives Beispiel für Frieser ist der Nichtraucherschutz. Jan Gerbig, Bundestagskandidat der Linken im Nürnberger Süden, verweist auf das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren.

dürften auf diese Weise nicht zur Disposition gestellt werden, meint auch Titus Schüller, der für die Linkspartei im Norden antritt. Gleichwohl seien Volksentscheide ein gutes Mittel, das Vertrauen der Bürger in die Politik zu stärken. Schüller ruft zudem ins Gedächtnis, dass im Grundgesetz von „Wahlen und Abstimmungen“ die Rede ist, mit denen das Volk die Staatsgewalt ausübe. Das reiche aber noch nicht, so der CSU-Bundestagsab-

Straftäter ent

Aufmerksame Anwohner holten

Gleich zweimal aufmerksame Anwohner holten einen mutmaßlichen Straftäter von der Straße. Die Polizei sprach von zwei Verletzungen an

Im Hof einer Peter-Henle junge Mann a 12.30 Uhr Kle Kauf an. Anwo der 18-Jährige stahl sprach u die Polizei. Al te kurz darauf l der mutmaßli plötzlich Fersen ten verfolgten il Straßen und kol lich im Humme len. Bei der P sich der Heran Erst mit Hilfe w satzungen konn und gefesselt w

Laut Polizei: Mann neuer stücke bei sich, Innenstadt-Gesc det worden w wegen Diebstal gegen Vollstrec anderer Delikte.

In der Nacht 2 beobachtete ein An weißviertels ge Männer im 1 Wohnhauses. 2 sich lautstarke u Der Zeuge verst zel. Die Unbek Richtung Woch Dort traf eine Str on Ost auf zwei 2 ner, die mehrer bei sich hatten, 1 genannten Mel fanden die Bear eine aufgebracht

Bundestagswahl

Direkte Demokratie

in einem „permanenten Wahlkampf“ zu landen. Bürgerentscheide sollten die repräsentative Demokratie ergänzen, nicht ersetzen, argumentiert die Bundestagsabgeordnete, die wieder in Nürnberg-Nord antritt. Sie hielte es auch für problematisch, wenn es zu sehr am Geldbeutel hinge, welche Interessengruppe Bürgerinitiativen ankurbeln könne und welche nicht. Die CSU-Kandidaten Sebastian Brehm (Nord) und Michael Frieser

ven solche Bürgerentscheide aufgenommen haben. Allerdings, räumen die beiden ein, müsse man die Schwesterpartei noch überzeugen, die CDU sei in diesem Punkt zurückhaltender als die CSU. Frieser hält Volksentscheide auf Bundesebene zum Beispiel dann für nötig, wenn der Bund Kompetenzen und Budgetrechte an die Europäische Union abtritt – hier müsste das Volk

ger den Bundesausbau ausweiten. In Bayern, so Frieser, habe man auf kommunaler und Landesebene sehr gute Erfahrungen mit direkter Demokratie gemacht. „Volksentscheide tragen dazu bei, dass sich Bürger stärker mit Politik befassen.“ Ein positives Beispiel für Frieser ist der Nichtrauchererschutz. Jan Gerbig, Bundestagskandidat der Linken im Nürnberger Süden, verweist auf das Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren.

im Norden antritt. Gleichwohl seien Volksentscheide ein gutes Mittel, das Vertrauen der Bürger in die Politik zu stärken. Schüller ruft zudem ins Gedächtnis, dass im Grundgesetz von „Wahlen und Abstimmungen“ die Rede ist, mit denen das Volk die Staatsgewalt ausübe. Das reiche aber noch nicht, so der CSU-Bundestagsab-

Direkte Demokratie

Das Volk soll entscheiden

Der Vorschlag von „Mehr Demokratie“ sieht ein dreistufiges Verfahren für die direkte Demokratie auf Bundesebene vor: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid.

Bei der Volksinitiative müssen 100.000 Unterschriften gesammelt werden. Gelingt dies, muss der Bundestag das Thema binnen sechs Monaten behandeln, die Initiative hat Rederecht. Lehnt der Bundestag den Vorschlag ab, kann ein Volksbe-

gehren beantragt werden. Für dieses sind dann eine Million Unterschriften nötig, für grundgesetzändernde Volksbegehren sogar 1,5 Millionen Unterschriften. Gelingt dies, gibt es einen Volksentscheid. Der Bundestag kann einen Alternativvorschlag mit zur Abstimmung stellen. Die einfache Mehrheit entscheidet. Zudem möchte „Mehr Demokratie“ den Bürgern die Chance geben, Gesetze, die der Bundestag beschlossen hat, per Volksbegehren und -entscheid zu stoppen. *M.P.*

Für die Grünen ist direkte Demokratie ein „Schlüsselprojekt“, sagt Sascha Müller (Nürnberg-Süd). Wenn die Umweltpartei über einen Koalitionsvertrag verhandeln sollte, würde sie diesen Punkt auf jeden Fall einbringen. Müller erinnert daran, dass Gerald Häfner, einer der Gründer von „Mehr Demokratie“, auch ein Grüner ist und für die Partei im Bundestag sowie im Europaparlament saß.

Natürlich, so die Grünen-Kandidatin Britta Walthelm (Nürnberg-Nord), dürfe die Verfassung nicht über Volksentscheide ausgehebelt werden und es könne nicht die Todesstrafe auf diese Weise wieder eingeführt werden. Walthelm ist zudem wie Frieser dagegen, den Haushalt selbst zum Thema von Volksentscheiden zu machen – sie will aber andererseits nicht jede Entscheidung, die Geld kosten würde, sofort ausgeklammert wissen. Die Artikel eins bis 19 des Grundgesetzes

Bundestagswahl 2017

geordnete Frieser, für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene brauche man schon eine Grundgesetzänderung und mithin eine Zweidrittelmehrheit im Parlament.


Der Verein „Mehr Demokratie“ wirbt derzeit mit einem 2,60 Meter hohen und vier Meter breiten Spiegel in den Städten für Volksentscheide. Auf dem Spiegel steht der Schriftzug „... wer bestimmt im ganzen Land?“ – damit solle den Bürgern signalisiert werden, dass sie der Souverän sind, wie Vereinssprecher Simon Ströhmenger erklärte. Einen konkreten Vorschlag, wie der Volksentscheid aussehen könnte, hat der Verein ebenfalls entwickelt (siehe links).

GLÜCKWÜNSCHE
... UND ES GEHT AUCH MIT miteinander.nordbayern.de - DEN FAMILIEN-UND FREIZEIT-PORTAL

Zum heutigen 60. Geburtstag alles Liebe
Josef
 wünschen Dir von ganzem Herzen
 Deine Anne
 Bernad, Jelena & Eric
 Christian, Nadja, Noah & Lukas



Liebe Mama Heidi
 zu Deinem Geburtstag gratulieren



Glückwünsche zum Schulanfang



Guten Morgen, lieber **Maximilian**
 Für das nächste Schuljahr die besten Wünsche, viel Spaß und Fröhlichkeit am Lernort. Mama und Papa

Meine Schwester **Sophie**
 ist ab heute ein großes Schulkind. Viel Spaß in der Schule wünscht Dir Deine Schwester Alexa mit Mama und Papa

Erster Schultag
 Ich bin so stolz auf dich!
Benjamin
 Ich freue mich so auf den ersten Schultag mit Mama und Papa!

10.7.

Erlieben Sie ein W...
 Art und genießen
 Weingüter Schlo...
 Wiesenbronn, W...
 Affaltrach sowie

Mit
 „Das klein...
Auße
 bieten wir
 mit Walter

Doppelte Kraft für mehr direkte Demokratie?

Verein platzierte Riesenspiegel in Nürnberger Fußgängerzone — Bundestagskandidaten für Volksentscheide

Wer ist der Souverän? Der Verein „Mehr Demokratie“ hat den Menschen in der Nürnberger Fußgängerzone buchstäblich einen Spiegel vorgehalten. Bundestagskandidaten nahmen Stellung zum Thema „Einführung bundesweiter Volksentscheide“.

Er ist 2,60 hoch, vier Meter breit und steht mitten in der Nürnberger Fußgängerzone: Ein Spiegel, den der Verein „Mehr Demokratie“ hier aufgestellt hat. Über dem reflektierenden Monstrum vor dem Breuninger-Kaufhaus heißt es auf einem Schild: „Wer bestimmt im ganzen Land?“ Schneewittchen lässt grüßen...

Doch soll es hier nicht um ein Märchen gehen, nicht um Wunschdenken, sondern um Realität. Jeder, der hier reinschaut, sollte die Geschehnisse des Landes direkt lenken dürfen, so der Verein. Es geht um bundesweite Volksentscheide, die es bisher nicht gibt. Was in Ländern wie Bayern längst fester Bestandteil ist, fehlt auf Bundesebene: Volksinitiative, Volksbegehren und schließlich Volksentscheid. Doch darüber müssen erst die Parteien entscheiden. Kein Wunder also, dass beim Pressetermin Bundestagskandidaten in den Spiegel gucken.

Eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag müsse her, um dieses direkt-demokratische Instrument etablieren zu können. Alle Kandidaten positionieren sich für Volksentscheide. Besonders im laufenden Wahlkampf. Klar dafür: die Grünen und die CSU. „Im Wahlprogramm der CSU (Bayernplan; Anm. d. Redaktion) ist die direkte Demokratie drin“, betont Sebastian Brehm, der für Nürnberg-Nord kandidiert. Ein Hemmschuh ist jedoch die Schwesterpartei, die CDU. „Bei der CDU steht das nicht im Wahlprogramm“, sagt Michael Frieser, der wieder für Nürnberg-Süd und Schwabach in den Ring steigt. Die Kanzlerin



Daumen hoch für mehr direkte Demokratie in ganz Deutschland. Von links: Gabriela Heinrich (SPD), Jasmin Laub (FDP), Britta Walthelm (Grüne), Titus Schüller (Linke), Sebastian Brehm (CSU), Simon Strohmenger (Mehr Demokratie), Michael Frieser (CSU), Jörg Lipp (Mehr Demokratie) und Sascha Müller (Grüne). Foto: Michael Matejka

sei davon nicht so richtig überzeugt.

Die beiden Kandidaten der Grünen, Britta Walthelm und Sascha Müller, legen Wert darauf, dass im Falle einer stärkeren Mitsprache der Bürger bei der Gesetzgebung „die Grundrechte ausgenommen bleiben“. Ein Punkt, den auch Titus Schüller von der „Linken“ und SPD-Kandidatin Gabriela Heinrich unterschreiben. Die Sozialdemokratin stellt sich aber die Frage,

wie es mit der Finanzierung aussieht. „Es darf nicht sein, dass Kampagnen für einen Volksentscheid nur die starten, die sich das leisten können.“

Michael Frieser setzt bei diesem Argument noch nach: Wie sieht es mit dem Einfluss aus anderen Ländern aus? Wie könne man Initiativen, die von außen gesteuert werden, abwehren? Man benötige ein sicheres, waserdichtetes Verfahren.

Ein wenig aus dem Rahmen fällt FDP-Kandidatin Jasmin Laub. Während alle anderen die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden auf ihrer Agenda weit oben platzieren, hat dieser Punkt bei den Liberalen keinen Vorrang: „Bei uns steht das nicht im Wahlprogramm.“ Laub: Deutschland müsse sich erst einmal stabilisieren, ehe man alle mitentscheiden lasse. ALEXANDER BROCK

Alkohol und D

Gericht v
zu viereinl

Ein 40-Jähriger kammer c Fürth weg zu vier N Gefängnis Zeit in schon at Mann ges

Ursprünglich waltshaft schen Dieb der Tat ein sein sollte mindestens den. Doch v Messer?

Der Angeklagte der spätere beide Namen Mai 2015 e sich alles u Beide lernt kennen. Re Essen und sah eine Ch nahm den Wohnung. Gast zu dus floss reich kam es zu den der Mar te.

Doch sch die Höhe d zur Bank u Zwischenze Musik an el zurückkam die vereinb versuchte , davonzulau Angeklagte nicht zu. Er Arzt habe i gegeben.

Immer me
Das Ba